

### Die Versammlungen über die Lebensmittelpreise.

Mit der Tagesordnung „Die hohen Lebensmittelpreise“ wurden in den letzten Tagen zwei Versammlungen abgehalten. Sie waren sehr gut besucht und es waren besonders viele Frauen anwesend. Kein Wunder, denn die unaufhörlich steigende Teuerung alles dessen, wessen der Mensch bedarf, dazu der Mangel einzelner wichtiger Nahrungsmittel erschweren besonders stark den Arbeiterfrauen die Führung des Haushalts.

Die Versammlungen wurden mit Nachrufen für Leopold **W i n a r s k y** eröffnet. In Mariahilf sprach die Gebetsworte **S c h l e s i n g e r**, in Ottakring Abgeordneter **S e v e r**. In der Mariahilfer Versammlung im Verbandsheim, die Dienstag abgehalten wurde, sprach Genossin **P o p p**. Sie führte aus: Für uns hier ist die Lebensmittelfrage die brennendste. Viele Vorschläge wurden zur Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung gemacht, aber ohne jeden Erfolg. Bei uns ist es auch unmöglich, die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Entweder sind die Zeitungen gar nicht willens, etwas zu schreiben, oder schreiben sie wie die Arbeiter-Zeitung, so kann man es nicht lesen, weil es unterdrückt wird. In Deutschland sind die Verhältnisse doch viel besser als bei uns, da bei uns die Lebensmittelpreise durchschnittlich um 121 Prozent gestiegen sind, in Deutschland aber nur um 65 Prozent. Die Teuerung bei uns widerspricht den gewöhnlichen wirtschaftlichen Gesetzen. Heuer sind mehr Butter, Obst, Gemüse und Erdäpfel nach Wien auf den Markt gebracht worden als im vorhergehenden Jahre, und trotzdem gab es in Wien wochenlang eine große Butter- und Kartoffelknappheit. Wo sind die behördlichen Organe, die diesem Vucher entgegenreten? Da müssen energische Mittel angewendet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rednerin sprach nun über die Frauenarbeit im Kriege und die größere Notwendigkeit der besseren Ernährung der arbeitenden Frauen. Schließlich legte sie noch die Notwendigkeit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages dar und beantragte eine Resolution, in der diese Forderung gestellt wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Mittwoch war die Versammlung im Ottakringer Arbeiterheim unter dem Vorsitz **B e r g e r s**. Genossin **P r o s t** legte dar, daß die Teuerung eine solche Höhe erreicht habe, daß die Bevölkerung nach einem Ausweg suche, da alle Forderungen unserer Partei und auch die Maßnahmen der Regierung bisher erfolglos geblieben sind. Aus den Zahlen ergibt sich, daß die Teuerung in Oesterreich viel höher ist als in anderen kriegsführenden Staaten. Dazu ist ein großer Teil der Bevölkerung darauf angewiesen, mit den staatlichen Unterhaltsbeiträgen sein Dasein zu fristen. Dies wird nun zur Unmöglichkeit, weil zum Beispiel ein Liter Milch fast so viel kostet, als eine Frau für ein kleines Kind täglich als Unterhaltsbeitrag bekommt. Aus diesen Gründen fordern die Frauen die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge und deren gleiche Höhe für alle Kinder. Abgeordneter **S e v e r** legte dar, daß diese Forderung um so berechtigter sei, als in kurzer Zeit wieder viele Männer einrücken müssen, so daß immer mehr Menschen auf den Unterhaltsbeitrag angewiesen sind. Die Frauen mögen sich auch rechtzeitig um das Geld bewerben; denn so berechtigt auch die Familien zum Bezug sind, so werden ihnen doch an verschiedenen Stellen Schwierigkeiten bereitet. Aus seiner großen Erfahrung schilderte der Redner, wie viel die Arbeitersekretariate zu tun haben, um den Frauen behilflich zu sein, wenigstens die größten Härten, die sich durch die verschiedenartige Auslegung des Gesetzes ergeben, zu beseitigen. Die Erhöhung wäre nur die unabweißliche Folgerung daraus, daß heute die Krone kaum die Hälfte dessen wert ist, was sie noch vor einem Jahre war, gar nicht zu sprechen von der Zeit, da der Unterhaltsbeitrag im Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Beide Reden wurden mit großem Beifall aufgenommen. **B e r g e r** und Abgeordneter **S e v e r** stellten dann fest, daß die Versammlungsteilnehmer mit der Absendung einer Eingabe wegen der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge einverstanden sind, obwohl in der Ottakringer Versammlung vom Regierungsvertreter die Verlesung dieser Eingabe nicht gestattet worden ist.